

26 8072

Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

17613

Wiedergutmachungsakte

Wolff, Dr. med. Adolf
(Familien- und Rufname)

ABGESCHLOSSEN

treten durch

Heiss

Hinweise auf Akten	
Fürsorgeakte	
Rückerstattungs-Akten	
Strafakten	
Rentenakte	
H. M. H.	
Adolf Dr. med. Wolff	
Eldorado Wolff	

Sachgebiet:	13		
-------------	----	--	--

2403 95

57.133

4 5 6 7 8

vorm. Antrag eingegangen

am 31.3.58

Pr 30.11.60

2

Vor Ausfüllung Anleitung lesen!

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!

Nichtzutreffendes streichen!

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

Freie und Hansestadt Hamburg
(Eingangsstempel)Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

Eingeg. 15. NOV. 1960

Anh. | Zuständig

mit Anlagen

Nr.

B 32608

Empfangsbestätigung erteilt am

Ne. 30.11.60

Antrag

auf Grund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung
(Bundesentschädigungsgesetz — BEG) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 559)

A

I. Berechtigte(r)

1. Name: W o l f f, Dr. med.

Vornamen: Adolf

Geburtsort (Kreis, Land):

24. 3. 1895 zu Hamburg

Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land):

Chillicothe — Ohio, USA

61. East Fourth Street

(Straße und Haus-Nr.)

Familienstand: led. / verh. / ~~verw.~~ ~~gesch.~~

Anzahl der Kinder: 1

Alter der Kinder: 29 Jahre

Staatsangehörigkeit: frühere: deutsch

jetzige: USA

2. Beruf:

Erlerner Beruf: Facharzt

Jetzige berufliche Tätigkeit: Arzt

3. Sind Sie selbst verfolgt worden?

ja / ~~nein~~

Wenn ja:

Aus Gründen der politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab?

~~ja~~ nein

Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

II. Verfolgte(r)

(Nur ausfüllen, wenn Berechtigte(r) [s. Abschnitt A I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt A I, 4] ableitet)

1. Name:

Vornamen:

Geburtsort (Kreis, Land):

Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land):

gestorben am:

in (Kreis, Land):

Staatsangehörigkeit: frühere:

letzte:

2. Beruf:

Erlerner Beruf:

Letzte berufliche Tätigkeit:

3. Verfolgt aus Gründen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

III. Weitere Angaben über die Person des(r) Berechtigten und des(r) Verfolgten:

1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:

- a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:
- b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: bei welchen?

Berechtigte(r)		Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt A II ausgefüllt ist)
----------------	--	---

von -- bis --	von -- bis --
entfällt	

- 2. a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. Mai 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren:
- b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. Mai 1945:

von -- bis --	von -- bis --
ja / nein	ja / nein
ja / nein	ja / nein

3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 31. Dezember 1952:

Chillicothe-Ohio
61. East Fourth Street

b) Letzter Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 31. Dezember 1952 verstorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:

Hamburg 13,
Hochallee 119

c) Bei Heimkehrern:
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der Heimkehr:

entfällt

d) Bei Vertriebenen:
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der Heimkehr:

entfällt

e) Bei Sowjetzonenflüchtlingen:
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der Flucht:

entfällt

f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. Januar 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?

entfällt

Wohin nach dem 31. Dezember 1946 ausgewandert?

entfällt

Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:

entfällt

4. Nur ausfüllen von Angehörigen der besonderen Gruppen von Verfolgten und deren Hinterbliebenen.

entfällt

a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten:
Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?

./.

b) Bei Staatenlosen oder Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention:
Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatliche Organisationen?

./.

B

Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges unter Angabe der Tatsachen, die zur Verfolgung geführt haben
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Fotokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Berechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Änderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienenden Unterlagen.

Folgende Beweismittel

Bescheide über Judenvermögensabgabe, Reichsfluchtsteuer pp.

wurde bereits an

(Behörde)

oder

Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg

IV./Z. 2537

(Gericht)

(Aktenzeichen)

zu

Rückerstattungs -

-Verfahren eingereicht

C

Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 7 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise versagt werden kann, wenn der Berechtigte sich um Entschädigung zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grob fahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Chillicothe/Ohio

(Ort)

, den 5. Oktober 1955

(Datum)

Dr. Adolf Wolff

Dr. Adolf Wolff M.D.

(Unterschrift)

Dem Antrag sind 3 Anlagen beigelegt, und zwar:

- | | |
|--------------------------------------|-----|
| 1. Verfolgungsvorgang | 6. |
| 2. Schilderung der Schadensfälle | 7. |
| 3. Einkommensbescheinigung 1942/1955 | 8. |
| 4. v.1.11.1956. | 9. |
| 5. | 10. |

Formloser AntragB 32608A. WOLFF, M. D.
CHILLICOTHE, OHIO

Oktober 5. 1955.

61 EAST FOURTH STREET

Ich, Dr. med. Adolf Wolff wurde am 21.3.1895 zu Hamburg als Sohn meiner Eltern, Bankier Moritz Wolff und Frau Clara, geb. Molling, geboren. Meine Eltern waren jüdischen Glaubens. Ich gehöre ebenfalls der mosaischen Religion an.

Nach Besuch des Wilhelm Gymnasiums besuchte ich die Universitäten Berlin, Kiel, Frankfurt am Main, Hamburg und Heidelberg. * Von 1921 bis 1926 war ich Assistenzarzt am Städtischen Krankenhaus Hamburg-Altona und liess mich im Mai 1926 als Facharzt fuer innere Krankheiten nieder. * Ich promovierte zum Dr. med. am 21.3.1921 in Heidelberg.

Meine Zulassung zu den Krankenkassen wurde mir auf Grund der Nat. Soz. Verfolgungsmassnahmen genommen. Die Ausübung meiner Praxis wurde mir untersagt, so dass ich gezwungen war, mit meiner Familie auszuwandern.

Ich war im Uebrigen den ueblichen Verfolgungsmassnahmen der NS Regierung als Jude ausgesetzt und musste Reichsfluchtsteuer und Judenvermogensabgabe, so wie sonstige Abgaben entrichten.

A. Wolff, M.D.
A. Wolff, M.D.

Dr. Adolf Wolff
Dr. Adolf Wolff

STATE OF OHIO
ROSS COUNTY, SS:

SUBSCRIBED and sworn to before me, a Notary Public in and for Ross County, Ohio, this 6 day of October, A.D., 1955.

Verm.

Oliges Schreiben dem
E-Antrag 17926 entnommen.

Mary E. Hess
MARY E. HESS
NOTARY PUBLIC, ROSS COUNTY, OHIO
MY COMMISSION EXPIRES

May 2, 1958

Pr. 30. NOV. 1960

Durchschrift

Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz — BRüG —) vom 19. 7. 1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

d ~~an~~ Berechtigten:

1. Herr Dr. Adolf Wolff
2. Frau Eva Wolff geb. Nathan
beide wohnhaft: 61 East 4th Street
Chillicothe, Ohio / USA

als Rechtsnachfolger nach

Bevollmächtigter: **Karl Heino, Helfer in Steuerangelegenheiten**
Hamburg 19, Osterstraße 103

folgenden Bescheid:

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen / und / gütlichen Einigungen zu Grunde:

Teil-Beschluss des Wiedergutmachungsausschusses beim Landgericht in Hamburg vom 3.10.1952 - Az.: VI/2 2537 -1-

II.

Ans dem in Ziffer I aufgeführten Teilbeschluss steht den Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRüG ein Anspruch in Höhe von

DM 9.239,61

(i.W.: Achttausendzweihundertachtunddreißig 63/100 Deutsche Mark)

zu.

III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist bis zu dem in § 32 Abs. 2 BRüG bestimmten Zeitpunkt anzusuchen.

Er ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert von 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

IV.

Stehen den Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil II - Bescheid.

V.

Grundsatz:

Durch den in Ziffer I genannten Beschluß ist das Deutsche Reich verpflichtet worden, für durch abgelieferte Wertpapiere in Annahmewert von RM 4.677,40 entrichtete Judenvermögensabgabe Schadenersatz zu leisten.

Für die abgelieferten RM 4.220,-- Deutsche Bank Aktien richtet sich die Höhe des Schadenersatzbetrages gemäß § 16 BRUG nach dem Kurswert der Aktien am 1.4.1956. Dieser Kurswert beträgt nach der Veröffentlichung in Bundesanzeiger Nr.195 vom 10.10.1957 = 177,48%, das ergibt = DM 7.489,66

Minuszurechnen sind gemäß § 16 Abs.2 BRUG 10% für entgangene Dividenden DM 748,97

Insgesamt: DM 8.238,63

Der in Ziffer III genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung a l l e r festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Milliarden Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

VI.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Im Auftrag

gez. Schmäuser
Regierungsassessor

beglaubigt:



Kopp

Beauftragter

Erläuterung der Schadensfälle, Höhe der erlittenen Schäden und Angaben über die beanspruchten Entschädigungsleistungen des Herrn Dr.med. Adolf W o l f f zugleich für Frau Clärchen Wolff geb. Molling Nachlaß in meiner Eigenschaft als Erbe zu 1/2

1.) Erläuterung der Schadensfälle:

Schaden an Eigentum und Vermögen:

Durch die Entziehung der Kassenpraxis als Arzt und späteren Entziehung der Ausübung der ärztlichen Tätigkeit war ich gezwungen, meine Auswanderung zu betreiben.

Mein Betriebsvermögen als Arzt war anlässlich der Anmeldung des jüdischen Vermögens mit 5.873,-- RM angegeben. Ich mußte das Betriebsvermögen realisieren und habe dabei größere Verluste erlitten, wie sich dieses aus der Berichtigung des angemeldeten jüdischen Vermögens vom 8.12.1938 an den Herrn Polizeipräsidenten in Hamburg ergibt, und zwar:

Verkauf eines 1936 erworbenen Personenwagens zum Preise von RM 3.050,-- für RM 1.000,--.

Die Instrumente im Werte von RM 2.300,-- hatten nach endgültiger Entziehung der Zulassung als Arzt nur noch einen Wert von RM 1.000,--. Die Bibliothek im Betriebsvermögen mit RM 1.000,-- angegeben, wurde zum Teil für RM 35,-- verkauft. Der Rest hatte nur noch einen Wert von höchstens RM 100,--.

Die Außenstände von RM 1.573,-- sind überwiegend nicht mehr hereingekommen. Wertminderung ca.: 4.000,-- RM

Ein im Februar 1938 bestellter und im Mai 1938 gelieferter und eingebauter Röntgen- und Kurzwellenapparat zum Anschaffungswert von RM 8.000,-- einschl. Einbaukosten hatte, nachdem der Apparat gebraucht war und die Praxis aufgegeben, ist nach Angaben des Lieferanten, da er nur schwer verkäuflich war, nur noch einen Wert von RM 3.000,--

Meine bei der Deutschen Bank befindlichen Aktien und sonstigen Wertpapiere mußte ich zwecks Beschaffung von Barmitteln veräußern. Der frühere Wert betrug RM 68.241,--. Dieselben brachten nur einen Erlös von RM 59.663,75, so daß ein Verlust von RM 8.577,25 entstand.

Ich war weiter gezwungen, den Rückkauf meiner Lebensversicherungen vorzunehmen und erhielt nur den Rückkaufswert. Es handelt sich um die Lebensversicherung bei der Schweizerischen Lebens-Vers. und Rentenanstalt Zürich, Pol.-Nr. 526 952 und bei der Berlinische Lebensvers.-Ges., Berlin, Pol.-Nr. 424 664.

Die Mitnahme von teuren Medikamenten anlässlich meiner Auswanderung wurde nicht gestattet. Ich war daher gezwungen, diese Medikamente dem Allgem. Krankenhaus St. Georg kostenlos zur Verfügung zu stellen. Ich schätze den Wertverlust der Medikamente auf ca. RM 2.000,--

Der Transport meines Hausstandes wurde durch die Firma Heinrich Klingenberg bzw. die Firma Brasch & Rothenstein, Hamburg, ausgeführt. Ich schätze die Gesamtkosten auf ca. . 3.000,-- RM

Die Beratungskosten für die Auswanderung durch Herrn Rechtsanwalt Max H e i n e m a n n, Hamburg, stellten sich auf . . 1.000,-- RM

Da ich noch kein Visum für die Einreise nach USA hatte, mußte ich mit meiner Familie vorerst nach England übersiedeln.

Die Kosten dieser Übersiedelung schätze ich auf ca. 300,-- RM.

Außerdem mußte ich bereits für die Weiterfahrt von England nach USA 3 Fahrkarten von Southampton nach New York buchen und dafür einschl. kl. Unkosten, Kopfsteuer, Trinkgeldablösung, Bordgeld aufwenden: 1.815,-- RM.

Infolge des Kriegsausbruches war mir eine Benutzung dieser Karten nicht mehr möglich, da die Hapag, Hamburg, keine Passagen mehr ausführte. Die Hapag berechnete 10% Annullierungskosten = RM 181.50. Der verbleibende Betrag von RM 1.633,50 wurde im Verhältnis 10 : 1 = RM 163,-- vergütet.

Ich mußte nunmehr für die Fahrt von England nach USA erneut die Passagekosten aufbringen, und zwar beliefen sich dieselben auf ca. 630,-- USA-Dollar, die in engl. Pfunden bezahlt werden mußten.

Im Rahmen der Verfolgungsmaßnahmen mußte meine Frau und ich die Ablieferung von Gold- und Silbersachen vornehmen, und zwar an die Öffentliche Ankaufstelle lt. Ablieferungsbescheinigungen Nr. 1087 und 1136, nachdem uns eine Einlösung der Schmucksachen gegen Devisen nicht möglich war. Es wurden nur die Metallwerte vergütet, und zwar einmal netto RM 261,-- und RM 387,--.

Die mir aus dem Nachlaß meiner Mutter, Frau Clärchen Wolff geb. Molling angefallenen Möbel, Bilder, Teppiche und Erinnerungsstücke, wurden bei der Fa. Brasch & Rothenstein eingelagert. Da ein Transport nach USA nicht mehr möglich, wurden diese eingelagerten Gegenstände später auf Anordnung der Gestapo versteigert. Der Erlös war ein sehr niedriger, abgesehen von dem ideellen Verlust. Der Versteigerungserlös betrug RM 1.530,40.

Ebenso mußte meine Mutter, Frau Clärchen Wolff, ihre Gold- und Silbersachen abliefern mit einem Erlös von RM 1.035,-- bzw. RM 225,--.

Da mir die Zulassung zur Kassenpraxis, später überhaupt die Arztstätigkeit genommen wurde, war es mir nicht möglich, meine gutgehende Arztpraxis zu verwerten, so daß mir ein großer Verlust für den inneren Wert der Praxis zugefügt wurde.

Von meinem übrigen gebliebenen Vermögen mußte ich für meinen Lebensunterhalt RM 9.700,-- transferieren mit einem Verlust von rd.: 9.000,-- RM.

Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben etc.

Gemäß Anordnung des Finanzamtes Rechtes Alsterufer, Steuer-Nr.: R. 107/62 mußte ich für meine Frau und mich eine Reichsfluchtsteuer von 17.362,-- RM lt. Bescheid vom 3.12.1938 zahlen.

Ich mußte weiter eine Judenvermögensabgabe für mich von RM 15.250,-- und für meine Frau in Höhe von RM 8.000,--, insgesamt also 23.250,-- RM entrichten. Die 1. bis 4. Rate wurde durch Bankzahlung beglichen, während die 5. Rate durch Entrichtung von Wertpapieren beglichen wurde.

Für die Mitnahme meines Hausstandes und sonstigen Umzugsgutes mußte ich auf Anordnung der Devisenstelle Hamburg an die Deutsche Golddiskontbank eine Abgabe von 20.000,-- RM leisten. Dieselbe wurde im Februar 1939 bezahlt.

Auch meine Mutter, Frau Clärchen Wolff geb. Molling Wwe., mußte lt. Bescheid des Finanzamtes Rechtes Alsterufer vom 23.12.1938, St.-Nr. 147/131, eine Judenvermögensabgabe von RM 9.400,--, 1. - 4. Rate und später die 5. Rate von RM 2.350,--, insgesamt also 11.750,-- RM entrichten. Die Zahlung ist überwiegend durch Hingabe von Wertpapieren erfolgt, nur ein kleinerer Betrag von RM 192,58 wurde durch Bankzahlung entrichtet.

Schaden im beruflichen Fortkommen

Seit 1926 war ich selbständig als Facharzt für innere Krankheiten und übte meine Praxis in Hamburg, Hochallee 119, aus. Meine Einkünfte waren sehr gut. Ich hatte im Jahre 1937 noch ein Einkommen von RM 18.889,--, im Jahre 1938 nur noch ein Einkommen von rd. RM 12.396,--, und folgte dann die zwangsläufige Aufgabe meiner Praxis aus rassistischen Verfolgungsgründen.

Während meines Zwangsaufenthaltes in England war ich ohne Einkommen. Ab Mai 1941 war ich wieder tätig, und zwar zuerst als Angestellter. Ab 1942 war ich erst wieder ^{als} Arzt selbständig tätig. Meine Einkünfte waren zuerst niedrig, steigerten sich aber später, wie sich aus der vorgelegten notariell beglaubigten Einkommensaufstellung ergibt.

Ich erbitte Ersatz meines Verdienstaufalles.

Schaden im wirtschaftlichen Fortkommen:

Wie bereits vorstehend ausgeführt worden ist, mußte ich infolge der Auswanderung meine für meine Familie und mich abgeschlossenen Lebensversicherungen zurückkaufen, und zwar:

- 1.) Lebensversicherung bei der Schweizerischen Lebens-Vers. und Rentenanstalt, Zürich, Pol.-Nr.: 526 952 und
- 2.) Lebensversicherung bei der Berlinische Lebensvers.-Ges., Berlin, Pol.-Nr.: 424 664.

Ich habe nur den Rückkaufwert erhalten und durch die Ausübung des Rückkaufs einen großen Verlust erlitten, ganz abgesehen von dem Wegfall der Sicherung meiner Familie.

Höhe der erlittenen Schäden

Ich darf hierzu auf die eingehenden Ausführungen hinsichtlich der Schadensfälle Bezug nehmen und verweisen.

Angabe über die Art der beanspruchten Entschädigungsleisten

1.) Schaden an Eigentum und Vermögen:

Ich beanspruche vollen Wertersatz der mir entstandenen Schäden, und zwar:

- a) Verlust am Betriebsvermögen in Höhe von rd. 8.000,-- RM
- b) Verlust für Aktienverkauf in Höhe von rd. 8.577,25 RM
- c) Wertersatz der ohne Entschädigung an das Allgem. Krankenhaus St. Georg abgelieferter Medikamente in Höhe von ca. 2.000,-- RM
- d) Erstattung meiner Auswanderungskosten, wie Transportkosten, Auswanderungsberatungskosten, Passagekosten nach England, Verlust von 10% Annullierungskosten bei der Hapag, Zahlung von weiteren 10% Wertersatz d. Passagekost. von 1.633,50 RM

- in Höhe von rd.: 4.500,-- RM
sowie 10% Entschädigung von RM 1.633,50
- e) Ersatz meiner nochmaligen Passagekosten von
England nach USA, ca. 630,-- USA Dollar
- f) Ersatz für Verluste für die von meiner Frau,
mir und meiner Mutter abgelieferten Gold- und
Silbersachen,
- g) Ersatz des "goodwill" meiner sehr gutgehenden
Praxis, die ohne Entschädigung bzw. Ver-
äußerung aufgegeben werden mußte.
- h) Ersatz des Transferverlustes von rd.: 9.000,-- RM

Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben etc.

Ich erbitte vollen Wertersatz gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des
BEG für

- a) persönlich bezahlte Reichsfluchtsteuer von 17.362,-- RM
- b) von meiner Frau und mir bezahlte Juden-
vermögensabgabe von 23.250,-- RM
unter Anrechnung der auf Grund des Bundesrucker-
stattungsgesetzes zu zahlenden Beträge für
Wertpapiere bzw. Abzug der 5. Rate, und zwar
in Höhe von 4.677,10 RM
- c) bezahlte Abgabe für Mitnahme des Hausstandes von . . 20.000,-- RM
- d) Ersatz der von meiner Mutter bezahlten
Judenvermögensabgabe von 11.750,-- RM, hiervon
mir zustehend $1/2$ = 5.875,-- RM
unter Anrechnung bzw. Streichung für Wertersatz
auf Grund des Bundesruckerstattungsgesetzes,
so daß nur noch ein kleiner Betrag von RM 96,29
durch das BEG zu entschädigen ist.

Schaden im beruflichen Fortkommen:

Ich erbitte Ersatz und Zubilligung des Höchstbetrages
für entgangene Einkommen als Facharzt seit Ende 1938:

Schaden im ~~beruflichen~~ wirtschaftlichen Fortkommen:

Ich erbitte Ersatz des mir zugefügten Schadens durch Aus-
übung des Rückkaufs meiner Lebensversicherungen, sowie
Minderung der Forsorge für meine Familie und mich.

Beweisunterlagen:

- 1.) Heranziehung der Akten der Devisenstelle Hamburg,
Sicherungsanordnung pp. Az. R. 7/22/39
- 2.) Heranziehung der Akten des Wiedergutmachungsamtes
beim Landgericht Hamburg,
 - a) Az. Z 2156 - 1 - 7 - (VI)
 - b) Az. VI Z. 2537 - 1 ff.-

und die in dieser Akte ergangenen rechtskräftigen
Schadensfestsetzungsbeschlüsse sowie beigebrachten
Unterlagen.

- 3.) Noch vorzulegende Einkommensbelege bzw. Steuerbescheide

hillicothé, den 5. Oktober 1955

Dr. med. Adolf Wolff
in Vollmacht:

Handwritten signature

Anlage 2

Erläuterung der Schadensfälle, Höhe der erlittenen Schäden und Angaben über die beanspruchten Entschädigungsleistungen abseiten des Herrn Dr. med. Adolf Wolff, und zwar zu 1/2 als Erbe seiner Mutter, Frau Clärchen Wolff geb. Molling,

---.---.---.---.---.---.---

1.) Erläuterung der Schadensfälle:Schaden an Eigentum und Vermögen:

Meine Mutter, Frau Clärchen Wolff geb. Molling, mußte infolge der behördlichen Anordnungen ihre Gold- und Silbersachen abliefern. Der Erlös betrug nur RM 1.035,-- bzw. RM 225,--.

Meine Mutter, Frau Clärchen Wolff geb. Molling Wwe., mußte lt. Bescheid des Finanzamtes Rechtes Alsterufer vom 23.12.1938 Steuer-Nr.: 147/131, eine Judenvermögensabgabe von RM 9.400,-- = 1.-4. Rate und später die 5. Rate von RM 2.350,-- insgesamt also

11.750,-- RM
=====

entrichten.

Die Zahlung ist überwiegend durch Hingabe von Wertpapieren erfolgt, nur ein kleinerer Betrag von RM 192,58 wurde durch Bankzahlung entrichtet.

2.) Angabe über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen:Schaden an Eigentum und Vermögen:

- 1.) Wertersatz der bezahlten Judenvermögensabgabe
- 2.) Ersatz für Wertverlust der von meiner Mutter abgelieferten Gold- und Silbersachen
- 3/4)

Beweisunterlagen

Heranziehung der Akten des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg

- a) Az. 2156 - 1 - 7 - (VI)
- b) Az. VI Z. 2537 - 1 ff .-

und die in diesen Akten ergangenen rechtskräftigen Schadensfeststellungsbeschlüssen sowie beigebrachter Unterlagen.

Anmerkung: Mit-erbe zu einem Halb ist mein Bruder, Dr. Werner Wolff.

Hamburg, den 5. Oktober 1955

Dr. med. Adolf Wolff
in Vollmacht:

Handwritten signature

An das

Hamburg, den 2. Februar 1961

31

A. WOLFF, M. D.
CHILLICOTHE, OHIO

61 EAST FOURTH STREET

Januar 17.1961.

Zur Ergänzung meines Lebenslaufes vom 3. Oktober 1955 möchte ich heute bestätigen dass ich am 31. Januar 1939 nach England auswanderte wo ich mich mit meiner Familie bis zu unserer Weiterwanderung nach U.S.A. am 9. Februar 1940 aufhielt.

Unser Lebensunterhalt wurde von guten Freunden bestritten.

Eine Arbeitserlaubnis wurde in England nicht erteilt, da dort sehr strenge Arbeitsbestimmungen herrschten.

A. Wolff, M.D.

Dr. Adolf Wolff

STATE OF OHIO,
ROSS COUNTY, SS:

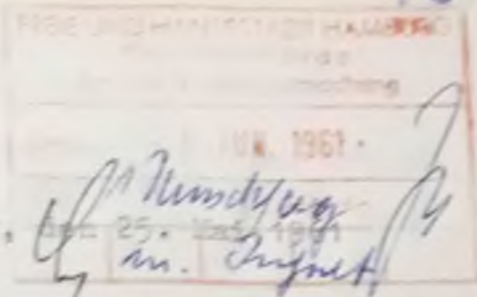
SWORN TO BEFORE ME AND SUBSCRIBED IN MY PRESENCE THIS
18th DAY OF JANUARY, A.D., 1961.

Mary E. Hess

MARY E. HESS
NOTARY PUBLIC, ROSS COUNTY, OH.
MY COMMISSION EXPIRES
May 2, 1961

An den
Wiedergutmachungsamt
H a m b u r g 36
Drehbahn 54

Hamburg,



Aktenz.: Wg. 2403 95-13

Betr.: Entschädigungssache Dr. med. Adolf Wolff.-

Sehr geehrter Herr Jansen!

Ich bitte höflichst, in die weitere Bearbeitung der Angelegenheit eintreten zu wollen.

Hinsichtlich der Auswanderungskosten wird weiter folgendes vorgetragen:

1.) Passage Hamburg - London.-

In

Anlage 1

wird die Anfrage des Unterzeichneten an die United States Lines vom 6. April 1961 vorgelegt.

In

Anlage 2

wird die Antwort der United States Lines vom 13. April 1961 vorgelegt, aus welcher sich ergibt, daß die Eheleute Wolff für die Passage

Hamburg - London 210.-- Reichsmark

aufwenden mußten.

Nachdem die Eheleute Dr. Wolff ihre Einwanderungserlaubnis nach USA erhalten hatten, haben sie England im Februar 1940 verlassen und sind nach New York gefahren. Die Eheleute Wolff waren völlig mittellos. Herr Ernest Minden hat aus diesem Grunde die Passage 3. Klasse London - New York mit 97 Pfund und 25 Pfund Bordgeld bezahlt. Zum Nachweise hierfür überreiche ich in

Anlage 3

Originalschreiben des Herrn Ernest Minden vom 29. Januar 1940, gerichtet an den Antragsteller sowie Originalkopie des Briefes des Herrn Ernest Minden an die Cunard White Star Ltd. vom 29. 1. 1940. Diese Beträge hat der Antragsteller später wieder an Herrn Ernest Minden zurück vergütet.

Der Antragsteller hatte ursprünglich die Weiterfahrt von England nach New York bei der Deutschen Amerika-Linie G.m.b.H. gebucht. In

Anlage 4

wird das Bestätigungsschreiben der Deutschen Amerika-Linie vorgelegt, aus welchem sich ergibt, daß der Antragsteller 1.815.-- Reichsmark für die Passage Southampton - New York bezahlt hat. Der Antragsteller hat die Zurückzahlung dieses Betrages von der Deutschen Amerika-Linie bzw. Hamburg-Amerika-Linie verlangt. Eine Rückzahlung wurde aber abgelehnt, da die Ansprüche auf die Jewish Trust Corporation for Germany übergegangen seien.

In

Anlage 5

wird das Schreiben der Jewish Trust Corporation for Germany vom 1.3.1954 vorgelegt. Die Verminderung der gezahlten Passage von 1.815.-- Reichsmark auf 1.633,50 RM ergibt sich daraus, daß die Hamburg-Amerika-Linie gemäß Brief vom 5.5.1954 - siehe

Anlage 6

Hamburg, den 25. Mai 1961

10% des gezahlten Betrages als Provision einbehalten hat. Die Jewish Trust Corporation for Germany hat im Wege des Equityverfahrens DM 163,-- ~~erhalten.~~ *gezahlt.*
In Anlagen 7 und 8

werden die diesbezüglichen Bescheinigungen der Jewish Trust Corporation vorgelegt. Der Antragsteller begehrt Zahlung von 20% von der ursprünglichen Fassung von RM 1.015,-- =
DM 363,--

Eingegangen sind von der Jewish Trust Corporation DM 163,--, so daß noch als Schadensbetrag DM 200,-- beansprucht werden.

Der Antragsteller mußte von Januar 1939 bis zum 9. Februar 1940 in England mit seiner Familie leben. Eine Arbeitsmöglichkeit bestand dort nicht. Der Lebensunterhalt des Antragstellers mit Familie wurde von guten Freunden bestritten. Durch den zwangsweisen Aufenthalt in England sind aber im Gegensatz zu einer allgemeinen Ernährung der Familie in Deutschland ganz erhebliche Mehrkosten entstanden. Diese Mehrkosten werden für ein Jahr auf mindestens 3.000,-- Reichsmark geschätzt. Es wird um Zubilligung dieses Betrages gebeten. Der Antragsteller hat später den ihm und seiner Familie gewährten Unterhalt bei seinen Freunden wieder ausgeglichen.

Der Antragsteller hat an Beratungskosten für seine Auswanderung an den früheren Rechtsanwalt Max Heinemann, Hamburg, ein Honorar am 8.1.1939 von 1.000,-- Reichsmark per Bank bezahlt. Die Richtigkeit dieser Zahlung versichert hierdurch der Unterzeichnete aus eigenem Wissen. Das Bankbuch des Herrn Max Heinemann ist noch vorhanden.

Später hat der Antragsteller weitere Zahlungen für die Abwicklung seiner Angelegenheiten an Herrn Rechtsanwalt M. Heinemann geleistet, und zwar am 31.10.1940 mit Genehmigung der Devisenstelle Hamburg RM 394,06 aus dem Auswanderer-Konto des Antragstellers und RM 128,56 aus dem Sonderkonto des Antragstellers. Auch später sind noch kleinere Beträge an den früheren Rechtsanwalt M. Heinemann bezahlt worden.

Der Hausstand des Antragstellers ist durch die Firma Brasch & Rothenstein, später Harry W. Hamacher, Hamburg, transportiert worden. Die Firma Harry W. Hamacher hat gemäß Schreiben vom 21. 3. 1961

Anlage 9

erklärt, keine Unterlagen mehr über die bezahlten Frachten usw. in Händen zu haben. Der Antragsteller kann nicht mehr genau angeben, wie hoch sich der Transport seines Hausstandes einschl. Fracht Hamburg - USA gestellt hat. Es wird deshalb um den Einzug des Gutachtens eines Sachverständigen gebeten. Eventuell ergeben sich aus der heranzuziehenden Akte der Devisenstelle Hamburg noch irgendwelche Zahlen. In einer Eingabe vom 15.9.1938 an die Devisenstelle Hamburg hat der Antragsteller die Kosten mit 2.065,-- Reichsmark angegeben. Es hat sich hierbei um zwei Lifts gehandelt. Das Gewicht betrug 7585 kg.

In

2 Originalanlagen 10 und 11

werden die Schreiben der Firma Brasch & Rothenstein vom 13.3. und vom 27.4.1939 vorgelegt, aus welchen sich ergibt, daß die zwei Lifts von der Wohnung zum Freihafen transportiert und später nach New York abgesandt worden sind.

In

Anlage 12

wird ein Bestätigungsschreiben der Untertransporteure der Firma Brasch & Rothenstein, der Fa. Globe Shipping Co. Inc., 11 Broadway, New York, vorgelegt, aus welchem sich ergibt, daß die Lifts dort eingetroffen sind und eingelagert wurden und daß die Kosten der Fracht usw. sich auf

170.-- USA-Dollar

Hamburg, den 25. Mai 1961

belaufen.

Dieser Betrag ist von dem Antragsteller bezahlt worden. Auch später sind nach Angaben des Antragstellers weitere Transportkosten für den Transport des Hausstandes nach Chillicothe, dem Wohnort des Antragstellers, entrichtet worden. Die Höhe kann leider nicht mehr angegeben werden.

Der Antragsteller hat weiter die Genehmigung der Devisenstelle Hamburg zur Mitnahme seiner Medikamente erbeten. Die Devisenstelle Hamburg lehnte diesen Antrag ab und stellte zur Bedingung, daß sämtliche Medikamente vor der Ausreise kostenlos an ein Krankenhaus abzuliefern sind. Der Antragsteller hat dann seine sämtlichen Medikamente an die Apotheke des Allgemeinen Krankenhauses St. Georg am 9. 5. 1959 kostenlos abgeliefert. In

Anlage 13

wird das Verzeichnis der abgelieferten Medikamente mit Empfangsquittung der Apotheke des Allgem. Krankenhauses St. Georg vorgelegt.

Das Allgemeine Krankenhaus St. Georg hat auf Bitten des Unterzeichneten jetzt zu dem Werte der abgelieferten Medikamente Stellung genommen. In

Anlage 14

wird die diesbezügliche Stellungnahme des Krankenhauses St. Georg vorgelegt. Die Apotheke des Krankenhauses St. Georg hat für die abgelieferten vollen und ungebrauchten Medikamente ohne Gratismuster und Teilmengen einen Wert von DM 123,10 errechnet. Ausführungen hierzu werden noch von dem Antragsteller selbst eingeholt. Schon jetzt darf darauf hingewiesen werden, daß der Wert der abgelieferten Medikamente, wenn man alle Medikamente berechnet, ein bedeutend höherer war. Auch die Gratismuster der Arzneifabriken stellten für den Antragsteller, welcher praktisch mittelloses Deutschland verlassen mußte, für den Neubeginn seiner Praxis einen sehr großen Wert dar. Selbstverständlich kann man nichts sagen, ob nun alle Medikamente auch in USA verwandt werden dürfen. Da die Chemische Industrie Deutschlands aber ein Weltbegriff war, darf man wohl annehmen, daß diese Medikamente von dem Antragsteller damals noch verwandt werden konnten. Diese Medikamente stellten für den Beginn einer neuen Praxis ein wertvolles Anfangskapital dar.

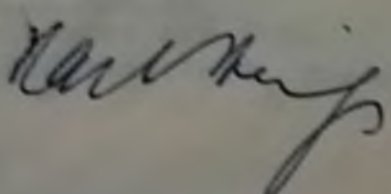
Es wird, wenn nicht schon geschehen,

um Herausziehung der Akten der Devisenstelle Hamburg gebeten,

die noch vorhanden sind.

Weitere Ausführungen hinsichtlich der übrigen Ansprüche des Antragstellers folgen.

Für den Antragsteller:



Anlagen

An das
Amt für Wiedergutmachung

Hamburg, den 16. Juni 1961

H a m b u r g 36
Drehbahn 54

Handwritten: 16. Juni 1961
Handwritten: Jansen

Aktenz.: Wg. 2403 95-13

Betr.: Entschädigungssache Dr.med. Adolf W o l f f .-

Sehr geehrter Herrn Jansen!

Im Anschluß an meine Eingabe vom 25. Mai 1961 wird hinsichtlich der Auswanderungskosten weiter folgendes vorgetragen:

1.) Umzugskosten:

Der Antragsteller hat bei Durchsicht seiner alten Korrespondenz doch noch das Angebot der Firma Brasch & Rothenstein, Hamburg, vom 10.12.1938 über die Verpackung und Versendung seines Hausstandes von Hamburg - Baltimore vorgefunden, welche in

Original-Anlage 15 (2 Blatt)

vorgelegt wird. Hieraus ergibt sich, daß die Firma Brasch & Rothenstein für den Transport bis frei Ankunftsampfer Baltimore RM 2.390,-- beansprucht hat. Dieser Betrag wird auch von dem Antragsteller akzeptiert und bezahlt sein.

Es wird daher gebeten,

für den reinen Möbeltransport
Hamburg - Baltimore RM 2.390,--
zugrunde zu legen.-

2.) Weitere Umzugskosten:

Wie bereits in der Eingabe vom 25. 5. 1961 ausgeführt wurde, sind noch weitere Transport- und Auswanderungskosten entstanden:

a) Transportkosten

Die zwei Liftvans waren von der Firma Brasch & Rothenstein frei Schiff Baltimore zu liefern. Dieses ist auch geschehen. Die Liftvans sind dann in Baltimore unter Zollverschluß eingelagert worden, da der Antragsteller noch nicht wußte, wo er seinen ständigen Wohnsitz nehmen würde. Kurze Zeit darauf wurde der Antragsteller aufgefordert, die Liftvans aus dem Hafen zu nehmen und wurden die beiden Liftvans vorerst in Cleveland eingelagert. In

Original - Anlagen 16, 17 und 18

werden die diesbezüglichen Schreiben der Baltimore and Ohio Railroad Company vom 10., 18. und 22. Mai 1940 vorgelegt, aus welchen sich ergibt, daß der Antragsteller

USA - Dollar 328, 30

für Lagergeld und Fracht Baltimore - Cleveland bezahlen mußte.
(siehe Anlage 16.-)

b) Lagerkosten

Da der Antragsteller infolge seiner erforderlichen Auswanderung

52

ktenz.: Wg- 2403 95-13

Hamburg, den 16. Juni 1961

über London nach USA noch nicht wußte, wo er sein endgültiges Domizil in USA nahm, mußten die von der Firma Brasch & Rothenstein gepackten zwei Liftvans vorerst im Hamburger Freihafen liegen bleiben. Der Antragsteller mußte für weitere Transportkosten einschließlich ein Jahr Lagergeld und Packergeld an die Firma Brasch & Rothenstein RM 800,-- bezahlen. In

Original - Anlage 19

wird Antrag der Ehefrau des Antragstellers an die Devisenstelle Hamburg vom 1.3.1939 vorgelegt, aus welchem sich ergibt, daß die Antragstellerin an Transportkosten ca. RM 100,-- und an die Firma Brasch & Rothenstein RM 800,-- zahlen mußte. Hier ergibt sich auch, daß die Ehefrau für Passagekosten für sich und ihren Sohn RM 250,-- benötigte.

Gemäß Schreiben der Firma Brasch & Rothenstein vom 15. 4. 1939 sind durch die vorzeitige und notwendige Verschiffung der beiden Liftvans nur drei Monate Lagergeld entstanden, so daß die Fa. Brasch & Rothenstein mit Genehmigung der Devisenstelle Hamburg einen Betrag von RM 342,-- auf das Auswanderer-Sperrmark-Konto zurückvergütet hat. Es dürften daher für weitere Transport-, Lager- und Packerkosten ca.

RM 558,--

entstanden sein.

Es wird im übrigen auf die Akte der Devisenstelle Hamburg Blatt 78, Blatt 63 und Eingabe vom 15.9.1938 Bezug genommen und verwiesen. Aus der Devisenakte ergeben sich alle Zahlungen, und sind hier auch eventuelle Rückzahlungen vermerkt.

Ab Juni 1940 befand sich das Umzugsgut im Lagerhaus der National Terminals Corporation, Cleveland. Der Antragsteller hat für die Umlagerung nach Cleveland lt. Rechnung vom 30.6.1940

Original - Anlage 20

USA-Dollar 30 aufgewandt. Alsdann mußte der Antragsteller für die eingelagerten Liftvans monatlich 10 Dollar Lagergebühren bezahlen; außerdem noch die Feuerversicherungsprämie.

In

Original - Anlage 21, 22, 23, 24, 25, 26 und 27

werden Rechnungen der National Terminals Corporation, Cleveland, über das Lagergeld vorgelegt. Das Lagergeld betrug von Juli 1940 bis März 1941 also 9 Monate a 10 Dollar = 90 Dollar.
lt.

Original - Anlagen 28 und 29

mußten je 3 USA-Dollar für die Feuerversicherung der zwei Liftvans bezahlt werden, also USA-Dollar 6.

Es sind also in Cleveland für Lager-, Transport- und Versicherungskosten insgesamt

126 USA-Dollar

aufgewandt worden.

Von Cleveland ist der Hausstand dann endgültig nach Chillicothe / Ohio gegangen, wo der Antragsteller sich niederlassen konnte. Die Transportkosten von Cleveland bis Chillicothe konnten noch nicht festgestellt werden.

Es wird gebeten,

aber auch für diese Transportkosten Cleveland - Chillicothe einen kleinen Betrag zuzubilligen, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch diese Unkosten in USA-Dollar bezahlt werden mußten.

150 \$
7.12.59

Aktenz.: Wg- 2403 95-13

Hamburg, den 16. Juni 1961

über London nach USA noch nicht wußte, wo er sein endgültiges Domizil in USA nahm, mußten die von der Firma Brasch & Rothenstein gepackten zwei Liftvans vorerst im Hamburger Freihafen liegen bleiben. Der Antragsteller mußte für weitere Transportkosten einschließlich ein Jahr Lagergeld und Packergeld an die Firma Brasch & Rothenstein RM 800,-- bezahlen. In

Original - Anlage 19

wird Antrag der Ehefrau des Antragstellers an die Devisenstelle Hamburg vom 1.3.1939 vorgelegt, aus welchem sich ergibt, daß die Antragstellerin an Transportkosten ca. RM 100,-- und an die Firma Brasch & Rothenstein RM 800,-- zahlen mußte. Hier ergibt sich auch, daß die Ehefrau für Passagekosten für sich und ihren Sohn RM 250,-- benötigte.

Gemäß Schreiben der Firma Brasch & Rothenstein vom 15. 4. 1939 sind durch die vorzeitige und notwendige Verschiffung der beiden Liftvans nur drei Monate Lagergeld entstanden, so daß die Fa. Brasch & Rothenstein mit Genehmigung der Devisenstelle Hamburg einen Betrag von RM 342,-- auf das Auswanderer-Sperrmark-Konto zurückvergütet hat. Es dürften daher für weitere Transport-, Lager- und Packerkosten ca.

RM 558,--

entstanden sein.

Es wird im übrigen auf die Akte der Devisenstelle Hamburg Blatt 78, Blatt 63 und Eingabe vom 15.9.1938 Bezug genommen und verwiesen. Aus der Devisenakte ergeben sich alle Zahlungen, und sind hier auch eventuelle Rückzahlungen vermerkt.

Ab Juni 1940 befand sich das Umzugsgut im Lagerhaus der National Terminals Corporation, Cleveland. Der Antragsteller hat für die Umlagerung nach Cleveland lt. Rechnung vom 30.6.1940

Original - Anlage 20

USA-Dollar 30 aufgewandt. Alsdann mußte der Antragsteller für die eingelagerten Liftvans monatlich 10 Dollar Lagergebühren bezahlen; außerdem noch die Feuerversicherungsprämie.

In

Original - Anlage 21, 22, 23, 24, 25, 26 und 27

werden Rechnungen der National Terminals Corporation, Cleveland, über das Lagergeld vorgelegt. Das Lagergeld betrug von Juli 1940 bis März 1941 also 9 Monate a 10 Dollar = 90 Dollar.
Lt.

Original - Anlagen 28 und 29

mußten je 3 USA-Dollar für die Feuerversicherung der zwei Liftvans bezahlt werden, also USA-Dollar 6.

Es sind also in Cleveland für Lager-, Transport- und Versicherungskosten insgesamt

126 USA-Dollar

aufgewandt worden.

Von Cleveland ist der Hausstand dann endgültig nach Chillicothe / Ohio gegangen, wo der Antragsteller sich niederlassen konnte. Die Transportkosten von Cleveland bis Chillicothe konnten noch nicht festgestellt werden.

Es wird gebeten,

aber auch für diese Transportkosten Cleveland - Chillicothe einen kleinen Betrag zuzubilligen, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch diese Unkosten in USA-Dollar bezahlt werden mußten.

150 \$
1.176,59

3.) Weitere Auswanderungskosten:

Wie bereits ausgeführt, mußte der Antragsteller mit seiner Familie erst England aufsuchen, da das Visum für die USA noch nicht vorlag. Der Antragsteller mußte aber Deutschland verlassen, da mit dem Schlimmsten zu rechnen war, wie sich dieses später bei den Verfolgungsmaßnahmen gegen jüdische Staatsbürger ergeben hat.

Der Antragsteller hat jetzt noch die Quittungen für seine Reisekosten nach Liverpool und Unkosten für die Übernahme seiner Bagage an die Cunard White Star Line gefunden. Hiernach hat er für Gepäck und Reise

insgesamt £ 5.9.7.

aufwenden müssen, wie sich dieses aus den

Original-Anlagen 30 und 31

ergibt.

Der Antragsteller mußte sich diese Gelder leihen. So hat er z.B., wie nachgewiesen werden kann, am 12. 5. 1941 300 USA-Dollar und am 13.8.1941 30,88 USA-Dollar von National Refugee Service erhalten; diese Darlehen wurden 1944 wieder zurückgezahlt. Auch von einer anderen Firma, nämlich The Segal Schadel Company, Chillicothe, wurde der Antragsteller mit Bargeld und sonstigen Auslagen 1941 bis 1942 unterstützt. Die Belege können vorgelegt werden. Es soll nur damit dokumentiert werden, daß der Antragsteller in sehr bedürftigen Verhältnissen lebte und zur Be-
streitung dieser vielen Unkosten laufend Darlehen aufnehmen mußte.

4.) Beratungskosten für Auswanderung pp.:

Wie bereits vorgetragen, (Eingabe vom 25.5.61, Seite 2,) hat der Antragsteller anlässlich seiner Auswanderung den früheren Rechtsanwalt Max Heinemann, Hamburg, hinzugezogen, welcher auch nach der Auswanderung des Antragstellers selbst weiterhin die Betreuung der Ehefrau des Antragstellers bis zu deren Auswanderung und dann die weitere Abwicklung hier gebliebenen Vermögens, Transferanträge pp. übernahm. In

Original - Anlagen 32, 33 (3 Blatt), 34, 35, 36

werden die Rechnungen des Herrn Max Heinemann nebst Überweisungsaufträgen, Eingangsgutschriften etc. vorgelegt, und zwar:

6. 1. 39	RM 1.000,--
30.10. 40	" 128,56
30. 10. 40	" 394,06
30.12. 40	" 51,38
30. 4. 41	" 82,13
23. 7. 41	" 31,25

insgesamt: RM 1.687,38

5.) Abgabe für Exportförderungszwecke an die Deutsche Gold-Discontbank.-

Wie sich aus der Akte der Devisenstelle Hamburg, Blatt 24, ergibt, sollte der Antragsteller eine Dego-Abgabe von 41.000,-- RM leisten. Dieses war aber unmöglich. Aufgrund längerer Verhandlungen ist dann die Dego-Abgabe auf RM 20.000,-- festgesetzt worden - siehe Blatt 30, 48 und 61 - 62 der Devisenakte.-

In

Original - Anlage 37

wird noch der Durchschlag der damaligen Anzeige der Ehefrau des Antragstellers an die Devisenstelle Hamburg vom 18.2.1939 vorgelegt, aus welcher sich ergibt, daß die Reichskreditgesellschaft A.-G. die auferlegte Abgabe von RM 20.000,-- an die Deutsche Gold-Discontobank bezahlt hatte.

6.) Noch weitere Auswanderungskosten:

Die jüdischen Mitbürger mußten bei ihrer Auswanderung außer den laufend bereits erhöhten Kultusabgaben noch eine Sonderabgabe entrichten, welche 25% der zu zahlenden Reichsfluchtsteuer betrug.

In

Original - Anlage 38

wird der Durchschlag des Schreibens des Antragstellers vom 3. 1. 1939 an den Vorstand des Israelitischen Religionsverbandes vorgelegt, aus welchem sich ergibt, daß aufgrund der Reichsfluchtsteuer von 17.362,-- RM eine Sonderabgabe von

RM 3.472,40

zu zahlen war und auch bezahlt worden ist. Ohne Bestätigung des Religionsverbandes, daß diese Sonderabgabe entrichtet worden ist, wurde nicht der Pass an die jeweiligen Auswanderer ausgehändigt.

Auch dieser Betrag ist erstattungspflichtig, zumal später das gesamte Vermögen des Religionsverbandes eingezogen wurde.

7.) Abgelieferte Medikamente:

Der Antragsteller ist inzwischen von der Schätzung des Wertes der abgelieferten Medikamente (ohne Gratismuster) und angebrochenen Medikamente) unterrichtet worden. Der Antragsteller teilt mit, daß eine Summe von DM 123,10 als Entschädigung viel zu niedrig ist. Alle Medikamente hätte der Antragsteller in den USA verwenden können. Durch die Abnahme der Medikamente ist dem Antragsteller praktisch in Deutschland ein Teil seines "Handwerkzeuges" genommen worden. Auch angebrochene Medikamente und Ampullen sowie die Gratismuster stellten für den Antragsteller einen unschätzbaren Wert bei einer Wiedereröffnung seiner Praxis dar. Medikamente mußten von dem Antragsteller bei Eröffnung seiner Praxis neu erworben werden. Wovon sollte der Antragsteller diese bezahlen? Nur durch das Entgegenkommen eines Herrn Segal, welcher für den Antragsteller bei den Lieferfirmen gutsagte, hat der Antragsteller die notwendigsten Medikamente usw. erhalten.

Es wird gebeten,

für die abgelieferten Medikamente an das Krankenhaus St. Georg einen angemessenen Schadensersatzbetrag anzubieten.

8.) Reichsfluchtsteuer:

Wie sich aus der Akte des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg, Az.: VI/Z 2537-1- ergibt, sind mit Schriftsatz vom 5.12.1951 mit Original-Anlagen 1 - 4 nachgewiesen worden, daß der Antragsteller eine Reichsfluchtsteuer von

RM 17.362,--

bezahlt hat.

Dieses ergibt sich im übrigen auch aus der Original-Anlage 38, da damals der Reichsfluchtsteuerbescheid dem Israelitischen Religionsverband vorgelegt worden ist.

9.) Judenvermögensabgabe:

Aus der gleichen Akte des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg ergibt sich ausweise der mit dem Schriftsatz vom 5.12.1951 vorgelegten Original-Anlagen 5 - 10, daß der Antragsteller eine Judenvermögensabgabe von

bezahlt hat.

RM 23.250,--

Hamburg, den 16. Juni 1961

noch Ziffer 9) Judenvermögensabgabe.-

Übertrag

RM 23.250,--

Durch Teilbeschluß des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht in Hamburg vom 3. Oktober 1952 konnten nur für die abgelieferten Wertpapiere zugesprochen werden, so daß für das Verfahren nach dem BEG verbleibt

" 4.677,10

RM 18.572,90

=====

Dieser Betrag ist noch zu entschädigen. Grundsätzlich war, wie sich aus der vorbezeichneten Akte des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht ~~hab~~ Hamburg ergibt, die Judenvermögensabgabe und die Reichsfluchtsteuer in voller Höhe von der Oberfinanzdirektion Hamburg als Verfahrensvertreterin für das Deutsche Reich anerkannt. Es konnten nur keine Feststellungsbeschlüsse mehr ergehen, da die Rechtssprechung des Board of Review dieses nicht mehr zuließ.

10.) Lebensversicherung:

Wie bereits in der Anlage 2) zum BEG-Antrag des Antragstellers ausgeführt, mußte der Antragsteller seine Lebensversicherungen zurückkaufen. Es hat sich

- a) um eine Lebensversicherung bei der Schweizerischen Lebensversicherung und Rentenanstalt Zürich, Nr. 526 952,
- b) um eine Lebensversicherung bei der Berlinischen Lebensversicherungs-Gesellschaft, Nr. 424 664,

gehandelt. Die Lebensversicherungen sind vor dem 12.11.1938 zurückgekauft und ausgezahlt worden. Der Rückkaufswert hat RM 7.873,-- betragen. An Prämien sind an die Schweizerische Lebensversicherung RM 971,20 und an die Berlinische Lebensversicherung RM 697,15 jährlich gezahlt worden. Das Amt für Wiedergutmachung wird gebeten,

bei den vorstehenden Versicherungs-Gesellschaften die Berechnung der Schadensbeträge anzufordern.

11.) Transferverlust

Wie sich aus der Akte des Wiedergutmachungsamtes beim Landesgericht Hamburg Az.: VI/Z 2537 - 4 - ergibt, insbesondere aus dem Schriftsatz des Unterzeichneten vom 17.2.1952 mit den darin vorgelegten Original-Anlagen 1 - 4, hat der Antragsteller

RM 9.700,--

durch die Reichskreditgesellschaft A.-G., Berlin, transferiert. Er hat als Gegenwert 6% erhalten, und zwar £ 33.7.3. und £ 16.8.8. = so daß sich ein Transferverlust von ergibt.

RM 582,--

DM 9.118,--

=====

Dieser Anspruch ist ebenfalls nachgewiesen. Nach der bekannten Entscheidung des Board of Review - BOR 51/131 - RzW 52/110 - konnte kein Feststellungsbeschluß mehr gegen das Deutsche Reich ergehen.

Auch in dieser Akte sind übrigens die Ansprüche wegen der Dego-Abgabe begründet und bewiesen worden.

12.) Verlust an Betriebsvermögen und Good will.-

Diesbezüglich wird auf die Ausführungen der Anlage 2) zum BEG-Antrag des Antragstellers verwiesen. Weitere Ausführungen bleiben noch vorbehalten.

Der Antragsteller bittet höflichst,

baldigst in die Bearbeitung dieser Ansprüche eintreten zu wollen, zumal dieselben soweit wie möglich urkundlich nachgewiesen worden sind.

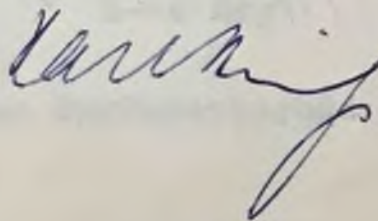
Az.: Wg. 2403 95-13

Hamburg, den 16. Juni 1961

Falls noch irgendwelche Aufklärungen gewünscht werden, steht der Unterzeichnete jederzeit sofort zur Verfügung. Aus den sicherlich inzwischen vom Amt für Wiedergutmachung herangezogenen Akten der Devisenstelle Hamburg und der Akten des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg dürfte sich aber die Richtigkeit des Vortrages des Unterzeichneten ergeben.

Der Antragsteller hat bisher nur eine kleine Entschädigung erhalten, trotzdem sein beträchtliches Vermögen restlos anlässlich seiner Auswanderung abgeliefert werden mußte.

Für den Antragsteller:



Anlagen

Aktenzeichen: Wg. 2403 95 -13-
- W o l f f, Dr.Adolf -

Hamburg, den 8.8.1961
Bg./Schu.

Anlage zum Bearbeitungsbogen.

Anspruch: Auswanderungskosten (rassische Verfolgung).

Bereits erhalten: Berufsschaden

Bl.2

T a t b e s t a n d.

Auf Bl.36 wird verwiesen.

Der Antragsteller beantragte im Dezember 1938 die Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Auswanderung nach Cleveland (Ohio) (erstes Blatt der Auswandererakte). Da der Antragsteller noch kein Visum zur Einreise nach USA hatte, musste er mit seiner Familie zunächst nach England übersiedeln (Bl.12). Er buchte im voraus 3 Fahrkarten von Southampton nach New York für RM 1.815,--, diese Fahrkarten konnte er durch den Kriegsausbruch nicht mehr benutzen (Bl.17). Er bekam von der Hamburg-Amerika-Linie 1954 hierfür eine Rückzahlung von DM 163,-- (Originalunterlagen 6-8).

Erst im Februar 1940 konnte die Familie England verlassen und 3. Klasse London New York fahren (Bl.48). Die Zwischenzeit mußte der Antragsteller in England unter erhöhten Lebenshaltungskosten verbringen, die er für 13 Monate auf RM 3.000,-- Mehrkosten schätzt (Bl.49)- 3 Personen s.Bl.24 -.

Für die Fahrt nach Liverpool und die Gepäckübergabe hat er lt. Originalquittungen £ 5.9.7. verauslagt (Bl.53).

Im Februar 1940 fuhr die Familie mit der Cunard White Star Ltd. nach New York (Original Anl. 3 A). Die Kosten betrugen £ 97.

Für die weiteren Überfahrtskosten wurden dem Antragsteller von befreundeter Seite noch weitere £ 25- überwiesen (Original Anl.3). Die Lifts wurden in Cleveland zunächst eingelagert (Bl.51, Orig. Anl. 16,17,18), wofür \$ 328,30 Unkosten entstanden.

Von Cleveland wurden die Möbel nach Chillicothe weiterbefördert (Bl.59).

Für die gesamte Abwicklung seiner Angelegenheiten zum Zwecke der Auswanderung hatte der Antragsteller den Rechtsanwalt Max Heineemann bestellt (Bl.53), der laut Belegen (Orig.Belege Bl.32,33,34, 35,36) insgesamt RM 1.687,38 erhielt.

Würdigung:

Es ist erwiesen, daß der Antragsteller verfolgungsbedingt Deutschland verlassen musste. Da er von vorn herein die Absicht hatte, nach Cleveland zu gehen, sind die Aufenthaltskosten in England und die Weiterwanderung zu entschädigen.

Ebenfalls sind die Kosten des Vermögensverwalters als Auswanderungskosten anzusehen.

B e r e c h n u n g:

Überfahrt Hamburg-England (Orig.Anl.2)	RM 210,-- ✓	
umgestellt 10:2	DM=	42,-- ✓
Nicht benutzte Fahrkarten (Orig.Anl.4):		
RM 1.815,-- umgest. 10:2 =	DM 363,-- ✓	
abzgl.von Hapag zurückerhalten		
(Orig. Anl.8)	= " 163,-- ✓	200,-- ✓
Mehrkosten für 13 Mon. 3 Personen in England(s.Bl.61 Rs.)	"	1.000,-- ✓
Verpackung der Lifts u.Fracht nach Baltimore (Orig.Anl.15)	=RM 2.390,-- ✓	
umgestellt 10:2	"	478,-- ✓
Lagergeld in Hamburg (Bl.52)		
i.Verb. mit Orig.Anl.10,11 u.19a und Bl.14 Dev.-Akte) RM 900,-- ✓	"	
RM 342,--	= " 558,-- ✓	
umgestellt im Verh. 10:2	"	111,60 ✓
Reise-u.Gepäckkosten London-Liverpool (Orig.Anl.30/31)	"	60,26 ✓
£ 2/9/2 + 3/-/5 = 5/9/7 x DM 11.-- ✓	"	11067,xx
Überfahrt Liverpool-New York (Orig.Anl. 3 A) = £ 97. x DM 11.-- ✓	"	1.067,-- ✓
Weitere Reisekosten für diese Fahrt (Orig.-Anl.3) = £ 25/x DM 11.-- ✓	"	275,-- ✓
Fracht Baltimore-Cleveland (Orig.Anl.16) = § 328,30 x DM 4.-- ✓	"	1.313,20 ✓
Lagergeld,Umlagerung u. Feuerversicherung in Cleveland (Orig.Anl.20-29) § 126 x DM 4.-- ✓	"	504,-- ✓
Weitere 2 Monate Lagergeld (Bl.59, glaubhaft) § 126 20 x DM 4.-- ✓	"	80,-- ✓
Zollgebühren (Bl.59 i.V.mit Orig.Anl.39)	"	80,-- ✓
Transport von Cleveland nach Chillicothe § 150 x DM 4.-- ✓	"	600,-- ✓
(Orig.Anl.39)		
Kosten der Vermögensverwaltung (Abwicklung) durch RA.Heinemann (Orig.Anl.32-36) RM 1.687,38 ✓		
umgestellt im Ver. 10:2	"	337,48 ✓
Nachgewiesene bzw. glaubhaft gemachte Auswanderungskosten	DM	6.148,54 ✓
	=====	

Unter Berücksichtigung der weiter entstandenen, nicht einzeln nachgewiesenen Kosten (z.B. Eisenbahnfahrt New-York-Cleveland Chillicothe) und weitere Nebenkosten.

Vorschlag: Vergleich über DM 6.500,-- für Auswanderungskosten.

1. Herrn
Karl Meiss

H a m b u r g 19

Osterstr. 103

Betr.: Entschädigungssache Dr. Adolf Wolff.

Sehr geehrter Herr Meiss !

Das Amt regt an, den von Ihrem Mandanten geltend gemachten Entschädigungsanspruch wegen Schadens an Vermögen (Auswanderungskosten vergleichsweise zu regeln.

Ihr Mandant hat nachgewiesen, dass er aus Verfolgungsgründen am 31.1.1939 aus Deutschland auswandern musste. Er hat ferner nachgewiesen, dass die USA von vornherein sein Auswanderungsziel waren, dass er jedoch wegen der Kriegereignisse zunächst in England bleiben und erst am 9.2.1940 weiterreisen konnte.

Folgende Kosten der Auswanderung können als nachgewiesen bzw. glaubhaft gemacht angesehen werden:

1. Überfahrt Hamburg - England . . .	RM 210,--	= DM 42,--
2. nicht benutzte Fahrkarten	RM 1.815,--	
	= DM 363,--	
abzüglich des von der Hapag zurück erhaltenen Betrages von . .	<u>DM 163,--</u>	= DM 200,--
3. Lebenshaltungsmehrkosten für 13 Monate in England und 3 Personen		= DM 1.000,--
4. Verpackung der Kisten und Fracht nach Baltimore	RM 2.390,--	= DM 478,--
5. Lagergeld in Hamburg	RM 558,--	= DM 111,60
6. Reise- und Gepäckkosten London - Liverpool . . . £ 5.9.2 Kurs	DM 11,--	= DM 60,26
7. Überfahrt Liverpool - New York £ 97.-.- Kurs	DM 11,--	= DM 1.067,--
8. Weitere Reisekosten für diese Fahrt £ 25.-.- Kurs	DM 11,--	= <u>DM 275,--</u>
	Übertrag:	DM 3.233,86

Übertrag: DM 3.233,86

9. Fracht Baltimore - Cleveland
US- $\text{\$}$ 328,30 Kurs DM 4,-- = DM 1.313,20
10. Lagergeld, Umlagerung und Feuerversicherung in Cleveland
US- $\text{\$}$ 126,-- Kurs DM 4,-- = DM 504,--
11. Lagergeld für weitere 2 Monate
US- $\text{\$}$ 20,-- Kurs DM 4,-- = DM 80,--
12. Zollgebühren = DM 80,--
13. Kosten des Transports des Umzugsgutes von Cleveland nach Chillicothe
US- $\text{\$}$ 150,-- Kurs DM 4,-- = DM 600,--
14. Kosten der Vermögensverwaltung in Deutschland RM 1.687,38 = DM 337,48
DM 6.148,54
=====

Unter Berücksichtigung gewisser weiterer, nicht einzeln nachgewiesener Kosten bietet das Amt zur Abgeltung aller Ansprüche wegen des genannten Schadens im Wege des Vergleichs die Zahlung von

DM 6.500,--

an.

Falls Ihr Mandant mit diesem Vergleichsvorschlag einverstanden sein sollte, werden Sie gebeten, die anliegende Vergleichsurkunde unterschrieben an das Amt zurückzusenden.

Das Amt bittet, sich innerhalb von 6 Monaten zu dem Vergleich zu äussern; nach Ablauf dieser Frist wird das Amt, wenn bis dahin keine Äusserung eingegangen sein sollte, entscheiden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Vergleich ggf. erst wirksam wird, wenn Ihnen die beglaubigte Ausfertigung des von Ihnen oder Ihrem Mandanten einerseits und dem Amt andererseits vollzogenen Vergleichs zugestellt worden ist.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage:

2 Anlagen

Ausgefertigt am

Abgesandt am

mit 2 Anlagen

(Böttger)
Reg.Assessor

2. 1 Vergleichsurkunde mit Schreiben zu 1 zweifach absenden. ✓

3. Wvl. nach Eingang, spätestens am 8.3.62. ✓

R 13 8/9.

94

Hamburg, den 8. Dezember 1938.
Hochallee 119, II.

An

den Herrn Polizeipräsident Hamburg
Gewerbepolizei,

Hamburg.

Schopensteht 24

Betrifft: Anmeldung des jüdischen Vermögens.

Mein früher angemeldetes Vermögen hat sich
am 12. November 1938 in folgender Weise geändert:

Pos. III, Betriebsvermögen.

Angemeldet sind

RM 5.873.---

Das Auto ist veräußert mit RM 1000.---

Die Instrumente von RM 2300.--- hatten
nach endgültiger Entziehung der Zu-
lassung als Arzt nur noch einen
Wert von RM 1000.---

RM 1300.---

Die Bibliothek, angegeben mit 1000.---RM,
ist zum Teil verkauft mit RM 35.---.
Der Rest hat einen Wert von höch-
stens RM 100.---

RM 900.---

Außenstände angemeldet mit RM 1573.---

Diese haben sich, unter Be-
rücksichtigung teilweiser
Eingänge und Ausfälle per
12.11.38 vermindert auf
höchstens

RM 250.--- RM 1323.--- = RM 4.523.---

verbleiben

RM 1.350.---

Einzugekommen ist ein im Februar 1938 bestellter
und im Mai 1938 gelieferter und eingebauter Rönt-
gen- und Kurzwellen-Apparat zum Anschaffungswert
von rund RM 8000.--- einschl. Einbaukosten.
Wert am 12. Nov. 1938, nachdem der Apparat gebraucht
und die Praxis aufgegeben ist - nach Angabe des
Lieferanten schwer veräußerlich -

RM 3.000.---

Pos. IV, a. Wertpapiere.

Damaliger Wert RM 68.241.---

Sämtliche Papiere sind vor dem 12. Nov. 38
mit RM 59.663.75 verkauft.

Übertrag

RM 4.350.---

Adolf Wolff hat ursprünglich an Übertrag RM 4.350.--

Pos. IV, e. Bargeld, Bank- und Postscheckguthaben.

Am 12. Nov. 38 waren vorhanden

gegen RM 3368.-- im April 1938

Erhöhung beruht auf dem Verkauf

der Wertpapiere IV, a und Lebensversiche-

rung IV, e.

RM 57.094.78

Pos. IV, g. Die Lebensversicherung m/RM 7873.--

Rückkaufswert ist vor dem 12. Nov. 38 zurück-

gekauft und ausgezahlt.

Pos. IV, g. Schmuck.

Angegeben mit RM 1200.--.

Auf Schmuck entfällt nur ein Betrag von

Alles andere sind tägliche Gebrauchsge-

genstände, wie Tischsilber usw.

RM 150.--.

RM 61.594.78.

Ich beantrage,

die Abgabe hiernach festzusetzen.

Mein zuständiges Finanzamt ist das Finanzamt-Hamburg-Rechtes

Alsterufer, Steuer-Nr. R 107/62.

3. Wertpapiere.

Vermögensverlust RM 68.241.--

zusätzlich..... " gez. Dr. Adolf Wolff

3. Schmuck-Dr. Wolff..... " 1.050.--

4. " Ehefrau Wolff..... " 1.340.--

Es verbleibt dann noch eine Vermögensverminderung v. RM 19.347.97.

Für den Mötgen- und Kurzwellen-Apparat sind voraus-

gesetzt..... " 8.000.--

Verbleibt eine Verminderung von..... RM 7.047.97.

Dies beruht auf dem laufenden Verbräuch, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass die Praxis bereits vor einigen Monaten aufgegeben ist und die Einnahmen weggefallen sind, während die Ausgaben zum Teil noch weitergelaufen sind, ferner auf Ausgaben für die Erholungsreise und für Steuern.

Am 10. Dezember 1938.

99

Notiz.

Herr Dr. Adolf Wolff hat ursprünglich angemeldet:

1.) Betriebsvermögen	RM 5.873.--
2.) Wertpapiere	" 68.241.--
3.) Bargeld, Bankguthaben usw.	" 3.368.--
4.) Lebensversicherung	" <u>7.873.--</u>
5.) Schmuck usw.	" <u>1.200.--</u> RM 86.555.--

Laut Veränderungsanzeige sind jetzt angemeldet.....RM 61.594.78
Verminderung demgemäss.....RM 24.960.22.

Frau Eva Wolff hat ursprünglich angemeldet:

6.) Wertpapiere	RM 2.615.--
7.) Bargeld	" 100.--
8.) Schmuck usw.	" <u>3.400.--</u>
	RM 6.115.--

Laut Veränderungsanzeige sind jetzt an-
gemeldet " 2.160.--

Verminderung demgemäss..... " 3.955.--

(Die neu hinzugekommenen RM 30.000.--können hier un-
berücksichtigt bleiben.)

Die Gesamtverminderung beträgt demgemässRM 28.915.22

Von dieser Verminderung entfallen auf:

Pos. 1, Instrumente	RM 1.300.--
" 1, Bibliothek(-früher 1300.--)....	" 900.--
" 1, Aussenstände, schätzungsweise 1/2 von RM 1323.--, ca.	" <u>700.--</u>
	RM 2.900.--

" 2, Wertpapiere,
Veräusserungsverlust RM 68.241.--
abzüglich..... " 59.663.75 8.577.25

" 5, Schmuck. Dr. Wolff..... " 1.050.--

" 8, " " Ehefrau Wolff " 1.340.-- " 13.867.25

Es verbleibt dann noch eine Vermögensverminderung v. RM 15.047.97.

Für den Röntgen-und Kurzwellen-Apparat sind veraus-
gabt ca. " 8.000.--

verbleibt eine Verminderung von RM 7.047.97.

=====

Diese beruht auf dem laufenden Verbrauch, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass die Praxis bereits vor einigen Monaten aufgegeben ist und die Einnahmen weggefallen sind, während die Unkosten zum Teil noch weitergelaufen sind, ferner auf Ausgaben für eine Erholungsreise und für Steuern.

den 10. Dezember 1938.